

Einleitung zur Tagung mit dem Berliner Innovationskreis in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren
Lieber Udo

Es gilt das gesprochene Wort

Es ist mir eine grosse Freude und Ehre, hier in Berlin - in bewegten politischen Zeiten - zu Ihnen sprechen zu dürfen. Geehrt fühle ich mich deshalb, weil ich bei Ihrer Vereinigung vor einem Publikum stehe, welches sich in besonderer Weise um die Zukunft der Demokratie kümmert.

Nicht rechthaberisch. Nicht umstürzlerisch. Nicht Gut/Schlechtmenschlich. Nicht geltungs-süchtig – und auch nicht machthungrig.

Nach allem, das ich über Sie gelesen habe, bin ich überzeugt, dass Sie ganz einfach nach den besten Lösungen für heutige Problemstellungen in Wirtschaft und Gesellschaft suchen.

Alles was ich von Udo über Sie gehört habe deutet darauf hin, dass in Ihren Kreisen die richtigen Menschen sitzen, das politische und wirtschaftliche Geschehen in Ihrem Land wieder im Sinne der Menschen – und nicht im Sinne einer Macht- und Prestige - orientierten Elite zu lenken.

Also fühle ich mich geehrt, dass Sie meinen Gedanken zum Thema Zeit, Geld, Leben und Demokratie eine ganze Tagung widmen.

Zu meiner Person sind Sie in der Einladung umfassend informiert worden. Und Sie hören es: Ich bin Schweizer.

Als John F. Kennedy in seiner denkwürdigen Rede im Juni 1963 sagte, er sei stolz als freier Mensch sagen zu können „Ich bin ein Berliner“, hatten Sie in Deutschland und wir in Europa eine andere Ausgangslage als heute. Der Westen war in einem Kampf gegen den Kommunismus. Alle hatten Angst, enteignet zu werden und dadurch ihre Freiheit zu verlieren, wenn der Kommunismus käme. In diesem Sinne - sprach Kennedy damals seine Worte.

Und heute ?

Stehen heute nicht viele Landwirte, arbeitsabhängige Kleinunternehmer und Familien in einem ähnlichen Angstzustand ? Immer mehr Menschen verlieren doch heute ihr Hab und Gut durch die neuen Auswüchse des Kapitalismus.

Für den einzelnen Menschen ist es doch einerlei, ob er seine Existenz oder sein Vermögen durch den Kapitalismus oder durch den Kommunismus verliert !

Was der Einzelne von der Lebensgemeinschaft, die wir Demokratie nennen, fordern darf - ist, dass er nicht permanent um sein Ueberleben kämpfen muss. Wozu sollten wir sonst in Demokratien zusammenleben ?

Sie sehen also: Im Kern standen Sie damals wie heute vor der gleichen Frage – einfach in unterschiedlichem Ausmass. Damals war Berlin bedroht – heute sind die Bevölkerungen aller europäischen Nationen in einen Angstzustand versetzt. Es geht heute mehr denn je um die Frage, ob wir es schaffen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und damit Bürgerfreiheit für kommende Generationen zu garantieren – oder nicht.

Damals – 1963 - hatten Sie in Deutschland noch andere Staatsmänner. Diese hätten nicht ihre Energieversorgung oder Wasserversorgung – und schon gar nicht ihre Seele an einen ausländischen Energiekonzern verkauft.

Seien Sie ohne Sorge. Wir kämpfen in der Schweiz mit einer ähnlichen Elite und als Schweizer werde ich mich dafür einsetzen, dass Kanzler Schröder nicht auch noch Ehrenbürger des Kantons Zug wird, wie es einige von Ihnen aus aktuellem Anlass mit Recht befürchten.

Die Eliten Europas haben sich zu einer kontinentalen Elite vereinigt. Und – das wird immer offensichtlicher – sie haben dabei ihre Wähler vergessen.

Sie fühlen sich allen Bürgern Europas gleich stark – und damit niemandem mehr – verpflichtet.

Europa versinkt in der Anonymität und Anonymität war immer schon der Nährboden für undurchsichtige Geschäfte – bis hin zu kriminellen Handlungen.

Wir leben in einer Zeit, in der sich Politiker und Wirtschaftsführer alles erlauben können. Immer mehr handeln sie frei nach Wilhelm Busch: „Und ist der Ruf erst ruiniert – dann lebt es sich ganz ungeniert“.

Und unsere Elite wird von Gesetzen und Richtern auch noch für ihr Handeln belohnt – wie der Gerichtsfall Joe Ackermann zeigt.

Ein Raubzug auf die Demokratien Europas hat stattgefunden, wie wir ihn noch nie in der Geschichte unseres Kontinentes gekannt haben. Ohne Waffengewalt – ganz einfach mit Geld – werden ganze Ländereien erobert, indem man sie einfach aus Staatsbankrotten und Privatkonkursen aufkauft. Die Bürgerinnen und Bürger Europas werden enteignet.

Unter den Titeln Deregulierung, Privatisierung und Globalisierung tobt eine Art globaler Wirtschaftskrieg.

Die Häuser und Strassen stehen noch – aber im Gebälk der Lebensgemeinschaft, welche wir Demokratie nennen, kracht ächzt und stöhnt es gewaltig.

Die Namen der politischen Parteien sind die gleichen, wie damals – 1963.

Die Werte, welche diese Parteien vorgeben zu vertreten – seien es auch – sagen sie.

Doch etwas Wesentliches hat sich geändert:

Die Politiker aller Regionen erkennen ihre Verantwortung für ihre eigene Bevölkerung nicht mehr. Ja sie glauben sogar, diese Verantwortung nicht mehr wahrnehmen zu dürfen. Es sei egoistisch, wenn der deutsche Bundeskanzler für die Deutschen und der Französische Staatspräsident für die Franzosen sich einsetze – so denkt man heute -in einem zentral gelenkten Europa.

Die Politiker glauben heute als Europäer für die Sizilianer und die Iren, für die Portugiesen und die Ukrainer gleichzeitig

zuständig zu sein. Sie dürfen auf lokale Bedürfnisse keine Rücksicht mehr nehmen, weil dies egoistisch sei – heisst es. Und so sind die Politiker in Europa heute für alle zuständig – und gleichzeitig für niemanden mehr. Für die Tsunami-Opfer reisen sie um den ganzen Globus, um zu helfen. Vor der eigenen Haustüre können sie jedoch aus Gründen des Steuerwettbewerbs nichts tun – sagen sie.

Und so kam es, wie es kommen musste und es geschah, was kluge Wirtschaftswissenschaftler bereits vor zwanzig Jahren vorausgesagt haben: Professor Heinrich Bortis hat bereits 1992 präzise beschrieben, was wir heute erleben:

Wenn die EG oder der EWR in der geplanten Form geschaffen wird, wird folgendes passieren – sagte Bortis:

1. Industrien werden keine Standorte mehr kennen, weil Geld immer an den gerade günstigsten Produktionsstandort abfliessen wird.
2. Die Menschen werden permanent von Arbeitslosigkeit bedroht sein.
3. Aus Angst, ihre Existenz zu verlieren, werden die Menschen psychisch krank, die Psychiatrischen Kliniken werden überfüllt sein.

EWR und EG – Irrwege in der Gestaltung Europas – hiess sein Buch damals - 1992.

Die Präsidenten Kennedy und De Gaulle waren gleicher Ansicht wie Heinrich Bortis. Sie wollten ein anderes Europa schaffen – sie durften es nicht.

De Gaulle wollte ein Europa der Nationen und der Regionen schaffen – das hatten wir einmal.

Er wollte Frankreich nach Schweizerischem Vorbild und Deutschem Vorbild mit regionalen Staatsbanken – also Landesbanken oder Kantonalbanken – organisieren. Das wollten die Privatbanken nicht.

Professor Bortis sagte auch, dass man Währungsraum und politischen Raum nicht losgelöst von einander betrachten dürfe. Politischer Raum und Wirtschaftsraum gehören zusammen – sagte Bortis. Er wusste – wovon er sprach und ich hoffe, Sie in meinen beiden Vorträgen von heute in die Gedankenwelt von Heinrich Bortis einführen zu können.

Gleichzeitig wage ich eine Prognose:

1. Europa wird den Weg zurück in kleinere Strukturen und Einheiten suchen müssen, um sozialen Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu sichern und zu erhalten.
- 2, Dies wird ohne Staatsbanken nicht möglich sein
3. Der EURO wird wieder durch nationale Währungen ersetzt werden müssen

Diese Prognosen wage ich – ohne jeden Zweifel.

Ausgangspunkt meiner Analyse ist das vielschichtige Thema „Zeit“.

Der Titel unserer heutigen Tagung lautet deshalb:

**„Wie Zeit zu Geld wurde –
oder warum wir alle so rennen“**

Und als Einstieg ins Thema möchte ich nun meinen Freund, Herrn Thomas Brändle bitten, den Begleittext zu meinem Buch „Die Uhr“ vorzulesen. Dieser Text zeigt eindrücklich den Zusammenhang zwischen, Zeit, Raum, Geld und Demokratie auf.

Themen also, welche Sie vermutlich noch nie in diesem direkten Zusammenhang gesehen haben.

Ich versichere Ihnen jedoch – es gilt: „In tempore veritas“ – in der Zeit liegt die Wahrheit, nicht im Wein !!!

Ivo Muri,
Berlin am 16. Dezember 2005